

Kreistagssitzung 30. März 2022

Werterhaltung der Ergebnisrücklage des Kreises

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Der im Mai 2018 vom Kreistag beschlossene Aufbau eines positiven Eigenkapitals hat bis heute zu einer angesammelten Ergebnisrücklage von etwa 12 Millionen Euro geführt.

**Da die aktuelle Inflationsrate in Höhe von fünf Prozent bei dieser Rücklage zu einem Kaufkraftverlust von jährlich 600.000 Euro führt, wird die Kreisverwaltung aufgefordert zu prüfen, welche denkbaren Möglichkeiten es gibt, durch politisches Handeln des Kreistags den realen Werteverlust der angesammelten Steuergelder zu vermeiden oder zu verringern.
„Denkverbote“ darf es hierbei nicht geben.**

Begründung:

- 1 Im Gegensatz zum Bund und den Länder gibt es für die kommunale Ebene keine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse, die bei der Ausgabenpolitik unseres Kreises zu beachten wäre. Es gibt nur die Vorgaben und Richtlinien der Landesregierung.
- 2 Die Aufnahme von Krediten, also Schulden zu machen, gehört für die Unternehmen in der Marktwirtschaft zu deren wesentlichstem Instrument, um die gesteckten Unternehmensziele erreichen zu können. Die neue Bundesregierung macht es in der Politik gerade überzeugend vor, wie mit der Aufnahme von Schulden die Zukunft vorbereitet wird.
- 3 Die Fraktion DIE LINKE hatte im Mai 2018 als einzige Kreistagsfraktion gegen den Aufbau von „positivem Eigenkapital“ als Rücklage zur Risikovorsorge gestimmt, denn mit dem vorrangigen Aufbau einer Ergebnisrücklage wurden dem Kreis Schleswig-Flensburg bei der Ausgabenpolitik Fesseln angelegt.

Das Ergebnis dieser Politik wird jetzt für jeden sichtbar:

Der Kreis hat eine Rücklage in Höhe von 12 Millionen Euro gebildet. Dadurch, dass dieses Geld gehortet wird, verliert diese Rücklage bei der aktuellen Inflationsrate von fünf Prozent innerhalb der nächsten fünf Jahre drei Millionen Euro an Kaufkraft.

Das ist nicht zu akzeptieren.

Denn diese Millionen werden dem Kreis in den nächsten Jahren fehlen, bei dem

Neubau der Kreisverwaltung, bei der Beteiligung am Theater in Schleswig oder bei anderen notwendigen Ausgaben.

Es ist eine neue Ausgabenstrategie gefordert: die Abkehr von der schwarzen Null.

Mit diesem Antrag will DIE LINKE versuchen, den drohenden Wertverlust zu minimieren. Dazu müssen kreative Möglichkeiten aufgezeigt werden, die den bestehenden rechtlichen Vorschriften Stand halten. Denn ein Nichthandeln kommt einer fahrlässigen Vernichtung von Steuergeldern gleich.

Jeder kann einmal einen Fehler machen. Fehler können aber auch korrigiert werden. Jetzt geht es darum, aus der Inflationsfalle herauszukommen, damit der Steuerzahler nicht unnötig belastet wird und die Gemeinden sich keine Sorge machen müssen um eine Erhöhung der Kreisumlage.

Bitte unterstützen Sie diesen Antrag.

Manfred. Küter,
Fraktionsvorsitzender
Wallsbüll, 08.03.2022